

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, , Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach, FDP

vom 14.02.2023

### Rekommunalisierung in Bayern stoppen

#### Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag sieht den Trend zur Rekommunalisierung kritisch. Die Staatsregierung wird aufgefordert, flächendeckend zu erheben, wo und aus welchen Anlässen die Organisation von ÖPNV und Hausmüllentsorgung rekommunalisiert worden ist.

#### **Begründung**

Laut Branchenverbänden gab es in den letzten Jahren einen verstärkten Trend zur Rekommunalisierung, der zahlreiche negative Folgen hat und vor allem die Bürger in Bayern mehr Geld kostet. Er wird von den Daten der Staatsregierung nicht abgebildet, da diese veraltet sind. Letztmalig hat die Staatsregierung im Jahr 2015 die Organisation der Hausmüllentsorgung in Bayern erhoben. Seitdem liegen laut Antwort der Staatsregierung auf die AzP des Abgeordneten Albert Duin vom 9. Februar 2023 keine neueren Erkenntnisse vor. Allerdings wird in der Stadt Hof mittlerweile der Hausmüll kommunal entsorgt, ebenso in den Landkreisen Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau und Stadt Passau. Der Landkreis Bad Kissingen hat die Hausmüllentsorgung 2022 rekommunalisiert. Der Trend betrifft auch den ÖPNV: So wird in Neu-Ulm ein tadellos funktionierender und von privaten KMU getragener Stadtverkehr verstaatlicht und in die Verantwortung eines baden-württembergischen Stadtwerks (Neu-Ulm ist lediglich Minderheitseigner) überführt.

Es besteht über Jahrzehnte eine bewährte Zusammenarbeit zwischen Freistaat, kommunalen Aufgabenträgern und Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen. Trotz der erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in den letzten Jahrzehnten kommt es in jüngster Vergangenheit vermehrt zu Bemühungen, die Aufgaben wie Entsorgung und ÖPNV wieder in das kommunale Leistungsportfolio zu integrieren. Diese Bestrebungen werfen eine Vielzahl von Fragen auf. Dies betrifft vor allem Fragen nach der Sinnhaftigkeit der

Rekommunalisierungsbestrebungen, nach der ökonomischen Effizienz, aber auch Fragen nach der ökologischen Vorteilhaftigkeit und Vorzugswürdigkeit. So zeigen Studien, dass z.B. private Entsorger für die Bürger wesentlich günstiger, innovativer und effizienter sind. Damit spielen private Unternehmen eine wichtige Rolle in der Weiterentwicklung hin zu einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft und einer klimafreundlichen Mobilität.

Es ist an der Zeit, dass die Staatsregierung eine verlässliche Datengrundlage für die Debatte schafft.